

Pressemeldung Freie Wähler Kreisverband Main-Kinzig

Gelnhäuser Tagesblatt vom 07.01.2015

„Politik der Nichtbeachtung“

ASYL Freie Wähler fordern mehr Geld von Land und Bund

MAIN-KINZIG (red). Mehr Geld von Land und Bund für die Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen im Main-Kinzig-Kreis fordert die Kreistagsfraktion der Freien Wähler (FW). Dafür, so die Wählergemeinschaft, müsse der kommunale Finanzausgleich substanziell verändert werden. Denn aktuell lasse der hessische Finanzminister die Hilfen für Asylbewerber und Flüchtlinge bei der vom Staatsgerichtshof angeordneten Bedarfsermittlung für eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen unberücksichtigt. Und das, obwohl hier keine vollständige Kostenerstattung durch das Land erfolge. Damit setze das Land die „Politik der Nichtbeachtung der Kostenprobleme der Kommunen“ bei Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge, die Bürgermeister und Kommunalpolitiker seit Monaten beklagen, fort und stelle die Kommunen vor immer größere Probleme, formuliert es der finanzpolitische Sprecher der Freien Wähler, Heinz Breitenbach.

Dabei geht die FW-Kreistagsfraktion davon aus, dass der Main-Kinzig-Kreis in den nächsten Monaten aller Voraussicht nach mit einer Verdoppelung der Flüchtlingszahlen rechnen müsse. Immer mehr Menschen flüchteten wegen Bürgerkriegen und Gewalt aus ihren Heimatländern. Dies könne auf Kreisebene weder beeinflusst noch geändert, den entstehenden Aufgaben aber müssten vor Ort in den Kommunen begegnet werden. Mit der im Kreistag im Dezember einstimmig beschlossenen Erweiterung der Erstaufnahmeunterkunft auf Hof Reith habe der Landkreis ein „bedeutendes Zeichen“ gesetzt.

Allerdings sei „die Aufnahme, Unter-

bringung und Versorgung von Flüchtlingen und Asylbewerbern keine Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung, sondern eine Weisungsaufgabe, die die Kommunen im Auftrag von Bund und Land erfüllen. Wenn die übergeordneten Ebenen weitere Flüchtlinge zuweisen, müssen sie nach dem in die Hessische Verfassung aufgenommenen Konnexitätsprinzip auch die entstehenden Kosten übernehmen“, betonte der Ulmbacher Ortsvorsteher und FW-Kreistagsabgeordnete Alexander Happ. 2010 habe der Main-Kinzig-Kreis weniger als 200 Personen aufgenommen, 2014 seien es ersten Berechnungen zufolge mehr als 1 000 gewesen.

Happ, in Steinau an der Straße selbst Mitglied eines „Runden Tisches“, der sich für die Integration von Flüchtlingen einsetzt, ist voll des Lobes für die zahlreichen Helfer- und Unterstützere Kreise, die sich in vielen Städten und Gemeinden des Kreises gebildet haben. „Sie leisten hervorragende Arbeit und stehen für die Willkommenskultur, die wir uns in Deutschland wünschen.“ Umso mehr seien Land und Bund gefordert, den Kommunen für Aufnahme, Unterbringung und Betreuung der Asylbewerber und Flüchtlinge ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Nach Erhebungen des Hessischen Landkreistages fehlten den Kommunen im Jahr 2014 allein 60 Millionen Euro. „Bei weiter steigenden Flüchtlingszahlen führt an einer Vollkostenerstattung kein Weg vorbei. Wir halten die Haltung der Landesregierung für einen Affront gegenüber denen, die sich hier ehrenamtlich engagieren“ so Happ abschließend.